

Friede und geheime Diplomatie.

Von Max Adler.

In dem geschichtlich denkwürdigen Manifest vom 9. November 1917, mit welchem die russische Revolution unter Einsetzung einer „Regierung der Arbeiter und Bauern“ als erste Tat den Vorschlag sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses macht, findet sich auch, noch allzuwenig beachtet, die Erfüllung eines anderen sehnlichen Wunsches der Demokratie, die Abschaffung der geheimen Diplomatie. „Die Regierung“, heißt es in diesem Manifest, „schafft ihrerseits die gesamte Geheimdiplomatie ab und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensunterhandlungen offen vor der ganzen Welt zu führen und zur Veröffentlichung aller von der Regierung der Großgrundbesitzer- oder Kapitalistenklasse seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligten oder geschlossenen Geheimverträge zu schreiten. Die Regierung erklärt diese Geheimverträge für null und nichtig.“

Mit diesem lähnen Schritt des siegreichen russischen Proletariats ist ein mächtiger Vorstoß gegen jene Gewalten der Vergangenheit gemacht worden, die, so sehr sich auch das innerstaatliche Leben bereits den Fesseln absolutistischer Willkür entrafft hat, im Verkehr der Staaten und Völker untereinander doch noch gänzlich ihre Geltung bewahrt haben. Noch immer war und ist selbst in parlamentarisch regierten Staaten die wirkliche Gestaltung der äußeren Politik dem Einfluß der Volksvertretung fast ganz entzogen und mittelst der geheimen, auch vor den Parlamenten sich in ihr Geheimnis hüllenden Diplomatie

direkt als eine Angelegenheit der Herrscher selbst angesehen; als ob nicht gerade die Beziehungen der Staaten zueinander, die Frage der Bündnisse, der Erhaltung des Friedens und der Eröffnung des Krieges Dinge wären, die alle Lebensinteressen der Völker selbst auf das tiefste berühren und nicht etwa bloße Machtinteressen der Herrschenden selbst; oder als ob die Völker nicht selbst bereits genügend reif geworden wären, ihre Interessen selbst wahrzunehmen, und immer noch die Vormünder brauchten wie in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus, da das schönlingende Wort galt: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk.“

Was für einen ungeheuren Widerspruch zu unserem ganzen modernen politischen Bewußtsein, das durchaus auf dem Prinzip der Mündigkeit und Selbstbestimmung der Völker aufgebaut ist, die Geheimdiplomatie bedeutet, das ist allen, die es nicht schon früher wußten, nun durch diesen Krieg in schauerlicher Klarheit vor die Seele gebracht worden. Noch haben die Völker das Entsetzen in allen Gliedern, daß sie eines Tages, mitten in sonniger Ferien- und Urlaubszeit, erwachten, um sich aus einem jahrzehntelangen Frieden in einen Krieg hineingerissen zu sehen, an dessen so furchtbare Nähe keines eine Woche zuvor noch gedacht hatte. Und wenn wir nun in den diplomatischen Dokumentensammlungen blättern, welche die Regierungen nacheinander veröffentlichten, erfährt einen dann nicht qualvolles Staunen und ohnmächtige Erbitterung, daß einige Tage vor dem Weltbrand Potentaten, Minister und Diplomaten über Entstehung oder Verhütung des Krieges konferierten und telegraphierten, ohne daß die Massen der Völker oder ihre berufenen Vertreter auch nur die leiseste Ahnung davon hatten, was über das Geschick ihrer lebenden Generationen und ihrer Nachkommen in diesen unheilswangeren Tagen entschieden wurde? Ein Häuflein, nach der Verfassung mancher Staaten sogar parlamentarisch unverantwortlicher Menschen hatte so die Möglichkeit, über die Zukunft Europas zu entscheiden und die Völker vor Situationen zu stellen, in denen sie selbst mit viel größerer demokratischer Kraft, als sie aufzubieten in der Lage waren, nur noch Gefangene des entfesselten Krieges gewesen wären. Seither rast dieser Krieg schon das vierte Jahr durch die „zivilisierte“ Menschheit. Aber im Grunde wiederholt sich an allen entscheidenden Punkten seines Verlaufes die gleiche Machtlosigkeit der Völker gegenüber der Frage der Kriegsführung oder Kriegsbeendigung wie bei Beginn des Krieges. Ist es nicht eigentlich ein himmelschreiender Widerspruch, daß dieselben Völker, die den Krieg durch ihre maßlosen Opfer tragen, durch ihre bewunderungswürdige Ausdauer und Tüchtigkeit im Felde wie im Hinterland alle seine Erfolge überhaupt ermöglichen und deren treue Hingabe an Krieg und Vaterland in offiziellen Kundgebungen immer wieder gerühmt wird, in der wichtigsten Frage nicht etwa keinen ausschlaggebenden, sondern nicht einmal die Möglichkeit eines mitentscheidenden Einflusses haben, in der Frage: wie lange sie alles dies noch aushalten müssen und zu welchem Zwecke? Sicherlich ist es ganz unwürdig, dem heute erreichten Stande staatsbürgerlichen Bewußtseins und Verantwortung, daß, während alle Lande von dem Wunsche nach Frieden erfüllt sind, so daß es keinen Staatsmann, weder haben noch drüben, geben kann, der es wagen dürfte, sich nicht als Freund baldigsten Friedensschlusses zu erklären, diese ganze fiebernde Völkerwelt gar keine eigenen Organe hat, ihren Willen in zweckdienlicher Weise zum Aus-

druck zu bringen, sondern untätig und leidend auf die gute Stunde einer günstigen Meuerung eines ihrer Minister oder Diplomaten warten muß, und hierauf noch angstvoller auf die Antwort der Gegenseite! Während ringsum der Krieg jeden Tag ungezählte neue Opfer fordert, welche die Vernunft der Völker überall schon längst als überflüssig erkannt hat, müssen sie gleichwohl ihr Geschick an den mehr oder minder glücklichen Ausdruck diplomatischer Noten und Ausdrücke geknüpft sehen und für jedes unüberlegte oder unverantwortliche Wort zittern, statt daß sie selbst die Stimme und den Willen der Volksinteressen laut werden lassen könnten. Wir erkennen gern den ehrlichen Friedenswillen unserer Regierung an, wie ihn Graf Czernin wiederholt zum Ausdruck gebracht hat; aber es ist immer ein mißliches Ding, auf den guten Willen eines anderen angewiesen zu sein, auf den man selbst keinen Einfluß nehmen, dessen Beständigkeit vor allem man in keiner Weise sicherstellen kann, dagegen für seine eigene Sache keinen Finger selber rühren zu dürfen.

Die Forderung, daß über Krieg und Frieden das Volk selbst zu entscheiden habe, ist eine alte und selbstverständliche Forderung, nicht etwa erst der sozialistischen, sondern schon der bürgerlichen Demokratie. Aber was dieser Krieg uns jetzt besonders grauenvoll gezeigt hat: dazu genügt nicht bloß, daß diese Staatsakte der Beschlussfassung der Parlamente zu unterstellen sind, sondern daß die gesamte Führung der äußeren Politik jederzeit und nach allen Richtungen öffentlich und durch Beauftragte der Demokratie selbst erfolge. Allerdings würde schon, wenn auch die Kriegserklärung und die Friedensschließung überall das ausschließliche Recht der Parlamente wären, ein großer Teil der Kriegsgefahr gebannt sein. Denn solange der Krieg nicht ausgebrochen ist und noch nicht die Leidenschaften eines entfesselten Nationalismus leiten andererseits die Freiheit der Abgeordneten behindern, ja oft geradezu aufheben, ist schwerlich anzunehmen, daß sich irgendwo eine Volksvertretung für die Eröffnung eines Krieges von großen Dimensionen und sicheren Weltkomplikationen entschließen würde. Und wenn man zur Entgegnung auf den amerikanischen Kongreß verweist, der in diesen Krieg durch die Kriegserklärung an Deutschland eingetreten ist, so war es auch hier eine durch den bereits vorhandenen Krieg erzeugte Volksleidenschaft und nicht zuletzt durch die geheime Diplomatie — man denke an den Notenwechsel über die U-Boote — geschaffene Zwangslage, die diesen Beschluß herbeiführte. Noch wissen wir übrigens nichts über die geheimen Verträge zwischen der Entente und den Vereinigten Staaten, welche diese Kriegserklärung vorbereiteten und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung bestimmten.

Aber gerade diese erstaunliche Tatsache der Kriegserklärung durch einen der mächtigsten demokratischen Volksvertretungskörper beweist, wie wenig das bloße parlamentarische Recht, über Krieg und Frieden zu beschließen, ausmacht, wenn die Demokratie nicht zugleich die Macht hat, durch die eigene Führung der äußeren Politik zu verhalten, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, die für jedes Parlament eine unerbittliche Zwangslage schaffen. War nicht das mächtige englische Parlament, von dessen Allmacht man schon von alters her rühmte, daß es alles vermöge, sofern es nicht durch die Grenzen der Natur selbst seiner Gewalt entzogen sei, wie etwa aus einem Weibe einen Mann zu machen — war nicht selbst dieses Parlament so widerstandslos, daß es in der berühmten Sitzung

vom 3. August 1914 gegen seinen damaligen Willen in den Krieg eintreten mußte, weil Sir Edward Grey ihm darlegte, daß es gar nicht mehr anders könne, daß seine Ehre bereits gebunden sei durch die geheimen Verträge, welche die englische Regierung mit der französischen bezüglich Kriegsunterstützung gegen Deutschland abgeschlossen hatte — Verträge, von denen das englische Unterhaus bei dieser Gelegenheit zum erstenmal Kenntnis erhielt! Und warum belundet denn die Entente eine so große Angst vor der Veröffentlichung der Geheimverträge durch die revolutionäre Regierung in Rußland? Weil sie mit Recht fürchten muß, das elende diplomatische Ränkepiel aufgedeckt zu sehen, mit welchem man einerseits in den Volksvertretungen von einem Kriege für Freiheit und Selbstbestimmung der Völker redet, während man hinter dem Rücken der Parlamente Abmachungen für gegenseitige Annexionen und Eroberungen getroffen hat, die ein blutiger Hohn auf alles feierliche offizielle Volksgerede sind. Welche Klut zwischen den Weilen der geheimen Diplomatie und den wirklichen Interessen der Völker möglich ist und wie sehr die ersteren oft direkt sogar entgegengesetzt den bündigsten Erklärungen und Versicherungen der eigenen Regierung gerichtet sein können, hat ja erst neuerdings der durch einen Sturm der öffentlichen Meinung in Oesterreich und in Deutschland weggesetzte Plan bezüglich der Personalunion in Polen, Litauen und Kurland erwiesen. Hier sahen sich die Völker abermals inmitten einer der aussichtsvollsten internationalen Friedenssituation plötzlich vor die Gefahr der gänzlichen Verschüttung derselben gestellt.

Aber gerade diese verhängnisvolle Episode hat auch gezeigt, worin sich gegenwärtig, solange eben noch die Demokratie überall die Last und Gefahr der geheimen Diplomatie zu ertragen hat, doch ein hoffnungsvoller Ausweg eröffnet, der nur entschlossen zu betreten ist, um dem ersehnten Ziele, der Selbstbestimmung der Völker, ein großes Stück Weges entgegenzuführen. Es ist dies die Bildung einer kraftvollen öffentlichen Meinung über die Notwendigkeit des Beständigens Friedens und über seine sofortige Durchführbarkeit. Gleichwie das russische Proletariat hat sich bereits das deutsche Proletariat in Oesterreich kraftvoll in den Dienst dieser dringendsten Aufgabe der Zeit gestellt. Nur von dem kraftvollen Willen, der von nichts anderem mehr hören will als von dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, der durch keine noch so überraschende Umgestaltung der Kriegslage von diesem einzig einen dauernden Frieden sichernden Grundsatz abzubringen ist, kann eine moralische Macht ausgehen, die schließlich gewaltiger werden wird als alle schleichende Kunst der Diplomatie. Denn dies vermag nur die Völker zu trennen und zu verbittern, jene aber muß und kann über alle Grenzen hinweg die Stimme der Vernunft und des Friedenswillens überall aufrufen und ist so in stande, freizumachen, wodurch wir allein zum Ende dieses furchtbaren Krieges gelangen können: die auf jede Demütigung, Vergewaltigung und Preisgebung verzichtende Beständigkeit der Völker selbst.